



2004/060

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Postulat von Beatrice Fuchs vom 8. Mai 2003 (Nr. 2003/113): Berufsberatung und Berufsinformation: regional und aktuell/Bericht

Vom 16. März 2004

Postulatstext

Die Diskussionen zur aktuellen Ausbildungssituation und im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Lehrstellen-Initiative (LIPA) machen deutlich: die Vorstellungen von geeigneten Rezepten und Lösungsmöglichkeiten sind zwar kontrovers. Es herrscht Einigkeit darüber, dass die Lage auf dem Lehrstellenmarkt sehr ernst ist und sich zu einem vordringlichen Problem entwickelt.

In diesem Umfeld kommt der sorgfältigen Eignungsabklärung und der zuverlässigen und aktuellen Berufsinformation besonders große Bedeutung zu. Der schwierige Weg der Jugendlichen zu einem Ausbildungsplatz, der ihren Eignungen und Interessen entspricht, darf nicht unnötig verlängert und kompliziert werden. Tatsache ist aber, dass die Lehrstellensuchenden unserer Region sich auf vier verschiedenen Lehrstellen-Homepages zurecht finden müssen. Allzu oft werde Lehrstellen, die schon seit Wochen oder gar Monaten besetzt sind, immer noch als "offen" auf den Homepages belassen. Dies führt auch zu unerfreulichen Kontakten mit den Verantwortlichen in den Betrieben und dazu, dass diese ihre freien Lehrstellen nicht mehr den Berufsberatungsstellen melden. Hier wäre für beide Seiten eine aktuelle, das heisst, eine aktiv bewirtschaftete und regionale Lehrstellen-Homepage gefragt. Seitens der Betriebe wird zu Recht der Aufwand mit Bewerbungen um Ausbildungsplätze beklagt, nachdem die Stellen längst besetzt sind.

Ein beträchtlicher Teil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus dem Kanton Basel-Landschaft absolviert eine Berufsausbildung in Basel-Stadt. Es liegt deshalb auf der Hand, dass Berufsinformation und konsequenterweise auch Berufsberatung sinnvollerweise als regionale Aufgaben erfüllt werden. Die aktuelle Situation (Kündigung der Räumlichkeiten des BIZ in Binningen) erleichtert zweifellos die Suche und Schaffung partnerschaftlicher Lösun-

gen. Aus der Sicht unseres Kantons erscheinen als Standorte Liestal sowie das zentral gelegene Dienstleistungszentrum Bahnhof SBB Basel zweckmässig.

Die Einsichten und Begründungen, mit denen die seinerzeitige Zusammenlegung der Berufsberatungsstellen im Kanton Basel-Landschaft motiviert wurde und die damit verbundenen Zielsetzungen (verbesserte Qualität, Nutzen von Synergien) gelten sicher auch für die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen hinweg.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie die Berufsberatung, die Berufsinformationszentren (BIZ) sowie eine regionale, aktiv bewirtschaftete Lehrstellen-Homepage mit den Nachbarkantonen realisiert werden

Antwort des Regierungsrates

1. Was verlangt das Postulat

Das Postulat betont die Wichtigkeit professioneller Unterstützung der Jugendlichen bei ihrer Berufsfindung. Der schwierige Weg der Jugendlichen bei der Findung ihres Ausbildungsplatzes müsse unkompliziert und rasch mit sorgfältigen Eignungsabklärungen und zuverlässiger, aktueller Berufsinformation unterstützt werden.

Es wird bedauert, dass sich in unserer Region die Lehrstellensuchenden auf verschiedenen Lehrstellen-Homepages zurechtfinden müssten. Die Lehrstellennachweise auf dem Internet seien zudem oft nicht auf dem neuesten Stand und führten zu unerfreulichen Kontakten mit Verantwortlichen von Lehrbetrieben. Deshalb fordert das Postulat eine von der Berufsberatung aktiv bewirtschaftete, aktuelle, regionale Lehrstellen-Homepage.

Ferner wird im Zusammenhang mit der Kündigung der BIZ-Räumlichkeiten in Binningen (BIZ = BerufsInformationsZentrum) per Ende März 2004 eine günstige Gelegenheit gesehen, die Berufs- und Studienberatung für das Unterbaselbiet mit der Berufsberatung Basel-Stadt zusammenzulegen und neben dem BIZ in Liestal ein BIZ am Bahnhof SBB – gemeinsam mit Basel – anzubieten.

2. Beantwortung des Postulats

2.1. Lehrstellensituation im Kanton Basel-Landschaft

Die Regierung hat verschiedentlich Stellung genommen zur Lehrstellensituation im Kanton Basel-Landschaft. Aus diesem Grund soll hier nicht näher darauf eingegangen werden, doch gilt weiterhin die Aussage, dass die Lehrstellensituation in unserem Kanton schwieriger geworden ist, jedoch nicht als dramatisch bezeichnet werden muss.

2.2. Der Lehrstellennachweis auf dem Internet

Der Lehrstellennachweis (LENA) ist schweizweit koordiniert und über verschiedene Homepages und Links zugänglich. Beim LENA handelt es sich um eine Lehrstellenbörse als Dienstleistungsangebot der Ämter für Berufsbildung und Berufsberatung. Mit Hilfe dieser Börse erhalten Lehrbetriebe die Möglichkeit, offene Lehrstellen zu publizieren, und Jugendliche eine Orientierungshilfe für ihre Bewerbungen. Der LENA ist ein Instrument unter vielen anderen. Für eine erfolgreiche Lehrstellensuche der Jugendlichen sind Bewerbungen auf ein Inserat und aktive Bewerbungen z.B. nach absolvierter Schnupperlehre weiterhin unabdingbar.

Auf der Startseite des LENA erscheint die Schweiz mit allen Kantonen. Der Benutzer, die Benutzerin, kommt mit einem Klick auf den gewünschten Kanton, kann dort den gewünschten Beruf eingeben und die offenen Lehrstellen abrufen. Das wichtigste Hauptportal in den LENA ist www.berufsberatung.ch. Der Lehrstellennachweis kann auch über weitere Adressen, z.B. über die Homepage des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung via www.afbb-bl.ch, oder über nichts sagende Adressen wie www.zh.ch/lenabl/main.idc erreicht werden. Es gibt noch weitere Zugänge auf den Lehrstellennachweis. Die wirksamste und einfachste Lösung wäre wohl, die Kundschaft nicht mit verschiedenen Homepage-Zugängen zum Lehrstellennachweis zu verwirren, sondern konsequent auf das Hauptportal des schweizerischen Lehrstellennachweises zu verweisen. Über das Hauptportal ist die Handhabung einfach, und die Lehrstellensuchenden bekunden keine Mühe, die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft je einzeln anzuklicken, um eine offene Lehrstelle zu suchen. Aus diesem Grund soll in Zukunft nur noch das Hauptportal publiziert und den Schulen mitgeteilt werden.

2.3. Die kantonale Lehrstellenerhebung

Das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung erhebt das Lehrstellenangebot bei den ausbildungsberechtigten Lehrbetrieben, um den LENA führen zu können. Vier Mal jährlich werden alle Lehrbetriebe angeschrieben und aufgefordert, ihr im LENA auf dem Internet veröffentlichtes Lehrstellenangebot auf einem Formular zu aktualisieren.

Der erste Lehrstellennachweis erscheint Ende September, der letzte aktuelle Stand im Juni. Ende August verschwindet das Lehrstellenangebot für einen Monat vom Netz, bevor es wieder neu hochgeschaltet wird.

Neben dieser Lehrstellenbewirtschaftung durch das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) mit den regelmässigen Umfragen wird der Lehrstellennachweis aufgrund der

dem Amt gemeldeten besetzten Lehrstellen und der eingehenden Lehrverträge laufend mutiert.

Der Lehrstellennachweis LENA auf dem Internet funktioniert heute schweizweit wie ein Markt, der sich nach Angebot und Nachfrage richtet. Wer Lehrstellen feilbietet, möchte sie auch tatsächlich besetzen. Wer einen Lehrvertrag abschliesst und nicht mehr von Bewerberinnen und Bewerbern „belästigt“ werden will, meldet die besetzte Lehrstelle sofort beim AfBB ab.

Der LENA weist naturgemäss einige strukturelle Mängel auf:

- Es besteht keine Meldepflicht für die Lehrbetriebe. Nur ca. 65 % der Betriebe melden dem AfBB ihre offenen Lehrstellen. Die anderen – es sind insbesondere jene Betriebe, die sehr nachgefragte Lehrstellen anbieten – möchten ihre Lehrstellen nicht öffentlich publizieren. Der LENA auf dem Internet ist daher immer unvollständig!
- Lehrbetriebe lassen sich manchmal Zeit, bis sie einen Lehrvertrag abschliessen; sie möchten sich Optionen offen halten. Oft werden insbesondere schwächere Jugendliche mit dem Hinweis abgewiesen, die Lehrstelle sei schon besetzt, obwohl weiterhin ein geeigneter Lehrling gesucht wird.
- Wenn der Lehrbetrieb nicht meldet, dass eine Lehrstelle vergeben ist, weiss dies das AfBB erst, wenn ein Lehrvertrag eingereicht wird. Die Lehrstelle wird also während einer gewissen Zeit als offen gemeldet, obwohl sie vom Betrieb bereits vergeben worden ist.
- Die Administration bei einer Lehrstellenerhebung braucht von der Meldung bis zur Verarbeitung rund 2 Wochen. Ca. 3000 eingehende Formulare müssen im System mutiert werden.

Das Postulat fordert eine aktivere Lehrstellenbewirtschaftung, damit der Lehrstellennachweis genauer wird:

- Mit zusätzlichem Personalaufwand könnte die Administration bei der Systemeingabe nach einer Lehrstellenumfrage und bei der Lehrvertragsbewirtschaftung optimiert werden. In noch kürzeren Intervallen könnten Lehrstellen erhoben werden, schriftlich und mündlich, mit entsprechender Kontaktpflege bei den Lehrbetrieben.

Das Postulat fordert eine regionale Lehrstellenhomepage:

- Mit zusätzlichen Kosten könnten technische Verbesserungen an der Datenbanklösung vorgenommen werden: Mit Klicks von der Baselbieter zur Stadtbasler Home-

page auf der Seite der offenen Lehrstellen könnten Jugendliche im gewünschten Beruf direkt zwischen den Basler und basellandschaftlichen Lehrfirmen hin- und herwechseln.

Die Regierung ist der Meinung, dass jeder zusätzliche Kostenaufwand im Verhältnis zur erwarteten Verbesserung des Lehrstellennachweises stehen muss. Trotz einer intensiveren Bewirtschaftung der Lehrstellenbörse wird es immer Ungenauigkeiten und Mängel geben. Die Regierung lehnt deshalb einen zusätzlichen personellen Aufwand zur Führung des LENA ab. Hingegen erwartet die Regierung, dass mit einer Verbesserung der internen Abläufe bei der LENA-Bewirtschaftung, mit der Motivation der Betriebe, Mutationen rasch zu melden und mit einer Prüfung von technischen Verbesserungen bei den Datenbanklösungen - z.B. eine Verlinkung der Homepage mit dem LENA Basel-Stadt - der LENA optimiert werden kann. Sie geht davon aus, dass die Neuprogrammierung und Bewirtschaftung einer gemeinsamen Internetplattform der Kantone BS, BL, SO und AG für einen gemeinsamen LENA zu aufwändig ist. Sie will aber über die Erziehungsdirektorenkonferenz bewirken, dass die Kantone mittelfristig eine einheitliche LENA-Plattform realisieren.

2.4. Ein BIZ beider Basel am Bahnhof SBB Basel

Die Kündigung der BIZ-Räumlichkeiten in Binningen hat innerhalb der BKSD zu Standortbestimmungen und neuen Visionen zum 1997 verabschiedeten Konzept des damals neu geschaffenen Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung geführt.

Die BKSD strebt neu eine räumliche Zusammenführung des gesamten AfBB an, das heisst eine Zusammenführung der beiden Standorte in Liestal und im Unterbaselbiet. Aus diesem Grund wurde – nachdem die Räumlichkeiten für das Unterbaselbieter BIZ in Binningen gekündigt worden sind – im Raum Muttenz nach attraktiven Räumlichkeiten an Passantenlage für ein neues BIZ für den gesamten Kanton gesucht, in denen auch die übrigen Abteilungen des AfBB hätten untergebracht werden können.

Es konnten noch keine geeigneten Räumlichkeiten für das gesamte AfBB gefunden werden. Hingegen wird das Unterbaselbieter BIZ im Sommer 2004 als Übergangslösung Räumlichkeiten in Bottmingen an guter Lage mit idealer Verkehrsanbindung beziehen. Qualitätseinbussen für die Kundschaft, im Vergleich zum Basler Berufsinformationszentrum (bifo) an der Rebgrasse oder zum BIZ in Liestal, sind keine zu erwarten.

Die Regierung ist überzeugt, dass mit den beiden Standorten in Liestal und Bottmingen (ab Sommer 2004) Jugendlichen und Erwachsenen ein optimales Angebot für Information und Beratung angeboten werden kann. Strategisches Ziel bleibt weiterhin die Zusammenführung

der beiden Standorte Liestal und Bottmingen, sobald entsprechende Räumlichkeiten an geeigneter Lage gefunden werden.

Im Postulat wird angeregt, ein gemeinsames BIZ für die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Bahnhof SBB zu planen. Abklärungen haben ergeben, dass eine Einmietung im Bahnhof relativ teuer käme. Dies insbesondere, weil die Regierung weiterhin daran festhält, dass BIZ, Berufs- und Studienberatung **und** Berufsbildung unter einem Dach untergebracht werden sollen. Dies, damit die Berufs- und Studienberatung relativ nahe bei der Realität, d.h. bei den Lehrbetrieben und der Wirtschaft, arbeiten und sich orientieren kann. Eine Einmietung aller Abteilungen des heutigen AfBB im Bahnhofsareal käme einerseits sehr teuer zu stehen und wäre andererseits auch heikel, weil die Berufsbildung doch eng mit der Wirtschaft und den Betrieben des Kantons Basel-Landschaft zusammenarbeitet.

3. Antrag

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen wird beantragt, das Postulat 2003/113 von Landrätin Beatrice Fuchs vom 8. Mai 2003 als erfüllt abzuschreiben.

Liestal, 16. März 2004

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES
der Präsident: Straumann
der Landschreiber: Mundschin

Beilage: Postulat 2003/113